

Pressemitteilung

Potsdam, 13. Oktober 2015 / 144

Neue Wanderausstellung im Landtagsfoyer beleuchtet NS-Verfolgung im Brandenburger Alltag

Bei Rückfragen wenden
Sie sich bitte an:

Pressestelle des Landtages

Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-1002 / -1031

Fax 0331 966-1005

pressestelle@landtag.brandenburg.de
www.landtag.brandenburg.de

Parlamentspräsidentin Britta Stark hat heute die Wanderausstellung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs [„...zum Schutz von Volk und Staat' – Repression und Verfolgung im Alltag in der Provinz Brandenburg 1933 – 1945“](#) im Foyer des Landtages Brandenburg eröffnet. Anhand ausgewählter Dokumente zu Einzelschicksalen veranschaulicht diese auf insgesamt 20 Schautafeln die Mitwirkung und Verantwortung regionaler und lokaler Behörden bei der Verfolgung verschiedener Opfergruppen der NS-Verbrechen in der damaligen Provinz Brandenburg.

In ihrem Grußwort lobte Stark die Eindringlichkeit der Ausstellung. Dabei ging sie auch auf die aktuelle Migrationskrise ein: *„Die Ausstellung zeigt in der klaren und nüchternen Sprache der Fakten und Dokumente, wie deutsche Beamte, wie deutsche Behörden die grausamen Mechanismen von Unterdrückung und Verfolgung in Gang gesetzt haben. Die Zeitzeugnisse sind oft verstörend. Während der Nazidiktatur mussten Hunderttausende aus Deutschland fliehen. Es ist wie ein Wunder, dass die Bundesrepublik heute ein Zufluchtsort für so viele Menschen geworden ist. Entsprechend große Verantwortung erwächst für die gesellschaftliche Debatte darüber, wie wir eine humane Aufnahmepolitik und die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen in unserem Land sicherstellen können.“*

Das Brandenburgische Landeshauptarchiv verwahrt in verschiedenen Beständen aussagefähige Quellen, die im Rahmen der Ausstellung - zum Teil erstmalig - einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden. Hierzu gehören Unterlagen aus der Überlieferung der Regierungen Potsdam und Frankfurt (Oder) als den zentralen Regionalbehörden in der Provinz, der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Haftanstalten.

Nach der „Machtergreifung“ 1933 verhängten die Nationalsozialisten mit Hilfe von Notverordnungen den politischen Ausnahmezustand. Innerhalb weniger Wochen waren die Grundrechte der Weimarer

Verfassung beseitigt und im Zuge der „Gleichschaltung“ alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in die NS-Verfolgungs- und Repressionspolitik eingebunden. In den folgenden Monaten rollten auch über die Provinz Brandenburg Terrorwellen, die sich zunächst vor allem gegen Mitglieder von KPD, SPD und der Gewerkschaften richteten. Nach und nach bezogen die Repressionsmaßnahmen alle aus politischen, weltanschaulichen, rassistischen oder anderen Gründen als Gegner wahrgenommenen Parteien, Gruppen und Personen ein.

Konzentrationslager und die Geheime Staatspolizei waren zentrale Institutionen der NS-Repressionspolitik. Ihre furchtbare und abschreckende Wirkung erreichten sie allerdings erst im Zusammenwirken mit der gesamten Verwaltung.

In der Ausstellung werden beispielhaft dokumentarische Belege verschiedener Formen von Verfolgung im Alltagsleben gezeigt – von der Erfassung und Überwachung, über Ausgrenzung bis zur Bestrafung und Ermordung in drei Schwerpunkten gezeigt:

- Etablierung der NS-Herrschaft in der Provinz Brandenburg 1933/34
- Repressionsmaßnahmen gegen einzelne Gruppen 1933–1939/45
- Strafjustiz im Krieg – Radikalisierung von Verfolgung und Unterdrückung 1939–1945.

Ein Fokus liegt dabei auf Personen aus dem politischen Widerstand sowie auf Opfern der NS-Rassenpolitik. Auf das Schicksal von Menschen, die durch unangepasstes Verhalten und „unspektakuläres Widerstehen“ in das Netz der NS-Verfolgung gerieten, weisen prägnante Dokumente aus Strafverfahrensakten der NS-Justiz hin.

Die Wanderausstellung wird voraussichtlich zwei Jahre im Land Brandenburg zu sehen sein. Im Foyer des Landtages Brandenburg kann sie bis zum 30. Dezember 2015 montags bis freitags von 8.00 bis 18.00 Uhr besichtigt werden. An gesetzlichen Feiertagen bleibt die Ausstellung geschlossen. Der Eintritt ist frei.